**Gastbeitrag von Hans-Olaf Henkel"Auf jede Krise kennt die EU nur eine Antwort: Mehr Europa"**

Samstag, 24.12.2016, 13:35 · von [Hans-Olaf Henkel](http://www.focus.de/intern/impressum/autoren/hans-olaf-henkel_auid_2920.html)

Fünf Präsidenten, 28 Kommissare, 751 Abgeordnete, etwa 60.000 Mitarbeiter und trotzdem keine Lösung in der Euro- oder Flüchtlingskrise. Dennoch wird die EU weiter „vertieft“. Europa wird immer stärker als ideologische Einheit gedacht, die nichts mehr mit den Realitäten zu tun hat.

Der Euro ist gescheitert, und das Wohlstandsversprechen konnte nicht eingelöst werden. Das Legitimationsproblem der EU mit ihren undemokratischen Strukturen hat sich dadurch enorm verschärft. Aber auf jeden Einwand, jede Krise kennt die EU nur eine Antwort: Mehr Europa! Sogar der Brexit und die damit verbundenen Forderungen nach weniger Europa können das anscheinend nicht verhindern.

**"Putin kann über eine handlungsunfähige EU nur lachen"**

Anders als gedacht konnte der Euro die politische Union nicht vorantreiben. Er hat sich als abgehobenes Elitenprojekt herausgestellt, der eher Zwietracht sät anstatt der realitätsfernen Idee eines Friedensprojektes gerecht zu werden. Und solche Eliten in Form der fünf Präsidenten entwickeln in einem Anfall von Realitätsverweigerung daraufhin einen Zehnjahresplan zur Zentralisierung der Fiskalpolitik. Die EU ist in einer selbsterschaffenen Ideologie festgefahren.

Um von Problemen abzulenken, wird versucht das Gemeinschaftsinteresse auszudehnen. Gemeinsame Standardisierung, Regulierung, gemeinsamer Markt und Handel sind sicherlich legitim und ökonomisch sinnvoll. Aber eine gemeinsame Währung, Schulden oder gar Verteidigungsunion überstrapazieren die [europäische](http://www.focus.de/orte/europa/) Zusammenarbeit unnötig. Der [russische](http://www.focus.de/orte/russland/) Präsident [Wladimir Putin](http://www.focus.de/personen/wladimir-putin/) kann über die Armee einer handlungsunfähigen und krisengeplagten EU doch nur lachen. Und er hätte sein Ziel erreicht, die europäische Sicherheit von den USA abzukoppeln.

Europa driftet am Ende von seiner liberalen Westanbindung ab. Auch der Antiamerikanismus in der Debatte um Freihandelsabkommen hat dies angezeigt. Das ist aber Grundlage des europäischen Erfolges als geopolitische Mittelmacht: Der Fall der [Berliner](http://www.focus.de/regional/berlin/) Mauer und die Überwindung des Kalten Krieges sind der Beweis hierfür.

Zur Person

*Hans-Olaf Henkel war lange Jahre Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Als Mitglied der AfD zog er 2014 ins EU-Parlament ein. 2015 verließ er die AfD und wurde Mitglied der "Liberal-Konservativen Reformer".*

**"Die EU ist nur noch da, um sich selbst zu retten"**

Die EU ist nur noch da, um sich selbst zu retten. Sie ist zum Selbstzweck geworden. Interessen der europäischen Bürger hat sie aus den Augen verloren. Allein vor lauter Hilflosigkeit werden die selbstüberschätzen Zwecke und Ziele noch weiter erhöht. Aber nicht durch mehr Zentralismus einer immer engeren politischen Union wird das Gemeinschaftsinteresse Europas geschützt, sondern durch marktwirtschaftliche Grundsätze und Subsidiarität. Institutionen müssen unabhängig arbeiten können, um eine wichtige Effizienzkontrolle der Regierung zu gewährleisten.

Die Kommission steckt jedoch in einem wirtschaftswissenschaftlich idealtypischen Interessenkonflikt: Im Fall von [Griechenland](http://www.focus.de/orte/griechenland/) ist sie Verhandlungspartner, trifft also Entscheidungen, und gleichzeitig Teil des Aufsichtsgremiums der Troika, also Kontrolleur. Sie ist nicht unabhängig. Das geht offensichtlich nicht gut. Auch beim Abgasskandal haben die europäischen Institutionen versagt. Die Regulierung war unklar und auf die erhöhten Feinstaubmesswerte in den Städten hatte man nicht angemessen reagiert. Behörden in den USA haben hier wie auch bei der Bankenaufsicht besser funktioniert.

**Im Video: Kommissionspräsident Juncker gibt zu: EU hat die Flüchtlingskrise "nicht im Griff"**



FOCUS Online/Wochit Kommissionspräsident Juncker gibt zu: EU hat die Flüchtlingskrise "nicht im Griff"

**Enormer Glaubwürdigkeitsverlust der EU-Institutionen**

Der Glaubwürdigkeitsverlust der EU-Institutionen ist enorm. Die EZB hat sich mit ihrem Anleihekaufprogramm willfährig zur Schuldensubvention einspannen lassen. Und Mario Draghi, Präsident der EZB, malte katastrophale Konsequenzen im Fall eines Votums für den Brexit aus, um das Referendum zu beeinflussen. Das sind gezielte, politische Lenkungsversuche. Im Europäischen Parlament betonte er die Bedingungen des Binnenmarktes vor dem Hintergrund der Brexit-Verhandlungen und sprach also wie ein Politiker und nicht wie ein unabhängiger Notenbanker. In das Anleihekaufprogramm werden nun auch Anleihen unter dem negativen Einlagenzinssatz aufgenommen. Das kommt einem Schuldenschnitt gleich, den die Politik selbst nicht durchsetzen wollte oder konnte. Es geht ihm um den Euro als politisches EU-Projekt. Draghi ist jedoch kein demokratisch legitimierter Politiker.

**Das Vorgehen von Notenbankchef Draghi hat "despotische Züge"**

Dieses Vorgehen hat despotische Züge. Auch ein berühmtes Eingeständnis des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zeigt das. Es beschreibt, wie die engere politische Union durchgesetzt wird: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt“.

Es ist ein ideologisches Vorgehen und unterstellt die wahren Interessen Europas aus der Sichtweise dieser Eliten. Und Kritiker haben ein falsches Bewusstsein, sind ‚Populisten“? Werden andere Meinungen entwertet und können nicht genügend öffentlich zur Sprache kommen, dann entfällt auch hier eine wichtige Kritik zur Kontrolle. Unsere freiheitliche Ordnung ist eingeschränkt worden. Deutlich wird das im selbstgefälligen Appell an den „guten Europäer“, der in europäischen Fragen keine ablehnende Position vertreten darf.

**"Der EU bleibt nur noch, sich durch Absichtserklärungen zu legitimieren"**

Alle übereilten Schritte und Bevormundungen haben der EU nicht geholfen. Letztendlich bleibt der EU, sich durch bloße Absichtserklärungen zu legitimieren. Die EU ist ein Selbstzweck und das Gemeinschaftsinteresse ihr Dogma. Sie ist verkommen zu einer Projektionsfläche der Haftungsvergemeinschaftung: Eurobonds, gemeinsame Einlagensicherung oder Arbeitslosenversicherung. Das Motto der Europäischen Kommission ist: Für jedes Problem gibt es einen Fonds. Ausgehend von einer EZB-Schuldensubvention wird dies durch weiche Budgetbeschränkungen ermöglicht. Dadurch hat die EU die Tendenz zur reinen Umverteilung und Fehlanreizen. Das hemmt Wettbewerb und Wachstum.

**Im Video: Deutscher Innenminister hat gelogen: Europäischer Grenzschutz ohne Wirkung**



FOCUS Online Deutscher Innenminister hat gelogen: Europäischer Grenzschutz ohne Wirkung

Die Eurozone ist im Durchschnitt weltweit die Region mit dem geringsten Wirtschaftswachstum. Unverkennbar ist damit der sozialistische [Gehalt](http://www.focus.de/thema/gehaltsrechner/) und Auswirkung dieser Ideologie. Es besteht die Gefahr, dass die EU das Schicksal sozialistischer Experimente teilen wird. Aktuelle Target2-Salden der Bundesbank befinden sich auf der Rekordhöhe von 754 Milliarden Euro. Sie sie sind zum klassischen Krisensignal wirtschaftlicher Spannungen in der Eurozone geworden. Ohne Schuldenschnitt bei gleichzeitigem Austritt Griechenlands wird sich daran nichts ändern.

**"Reformversprechen sind gehaltlos, solange die EU-Ideologie fortgesetzt wird"**

[Italien](http://www.focus.de/orte/italien/) hat seine Reformunfähigkeit mit der Ablehnung des Referendums abermals unter Beweis gestellt. Ohne Gegenmaßnahmen wird die italienische Bankenkrise die Eurokrise in die nächste Runde treiben. Draghi ist sogleich mitgezogen und hat beim letzten EZB-Zinsentscheid das Anleihekaufprogramm verlängert. Unterschiedliche Interessen werden nicht mehr zum Wohle der Eurozone insgesamt über den Marktmechanismus und funktionierende Institutionen ausgeglichen, sondern können von einzelnen Mitgliedsstaaten vereinnahmt werden. Reformversprechen oder Stabilitätskriterien bleiben gehaltlos, solange die EU-Ideologie fortgesetzt wird.

In einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gibt es eine Funktionsteilung zwischen Staat und Wirtschaft. Die EU sollte sich nicht mit einer überbordenden Industriepolitik, einer vorgeschlagenen Wirtschaftsregierung oder mithilfe eines Finanzministeriums in die Wirtschaft einmischen. Sie sollte den Wettbewerb fördern und nicht durch eine künstliche Vorrangstellung im vermeintlich höheren Gemeinschaftsinteresse die Wirtschaft behindern. Auch der Euro war schon Teil eines dogmatischen Projekts und ist eine ökonomische Fehlkonstruktion. Die EU muss sich am Erfolg und nicht in ihren Absichten messen lassen.

Es ist an der Zeit für ein großes Umdenken gekommen. Anfangen könnte man mit einem für alle sinnvollen Angebot zu einem Freihandelsabkommen mit Großbritannien. Dazu müsste sich die EU aber von ihren ideologischen Zwängen freimachen, die Einbahnstraße der Vertiefung verlassen. Ansonsten gehen die Zerfallserscheinungen weiter.

Sie haben einen Fehler gefunden?

Bitte markieren Sie die entsprechenden Wörter im Text. Mit nur zwei Klicks melden Sie den Fehler der Redaktion.